

Deutschland mehrfach hervorgehoben, daß sie für den Abzug aller Besatzungstruppen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages ist.

Die USA, Großbritannien und Frankreich haben bisher den Vorschlag auf Abschluß eines Friedensvertrages und den darauf folgenden Abzug der Besatzungstruppen abgelehnt. Der Generalvertrag sieht im Gegenteil vor, daß das Territorium Deutschlands unter die volle Verfügungsgewalt ausländischer Truppen gestellt wird. Die drei Westmächte haben neue große Truppenkontingente nach Westdeutschland entsandt, die die Rolle von Interventionstruppen spielen.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Sowjetunion schaffen sie in Westdeutschland weitere militärische Stützpunkte der USA. Der amerikanische Generalstab zeigt der Bevölkerung Westdeutschlands durch die Anlage von Sprenglöchern in den Brücken und an Eisenbahnknotenpunkten, daß er Westdeutschland zum Gebiet der verbrannten Erde machen will.

Die finanzielle Belastung der Steuerzahler Westdeutschlands ist durch diese großen Okkupationstruppen sehr hoch. Nach Berichten westdeutscher Zeitungen wurden bis zum Jahresende 1951 insgesamt 40 Milliarden DM für die Besatzungskosten ausgegeben.

Aus der Note der Sowjetregierung:

„... Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit...“

In der Note der Sowjetregierung heißt es weiter:

„... In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen...“

Ein Rechtsstaat muß die Einhaltung der Menschenrechte und die Grundfreiheiten des Volkes garantieren. Diese demokratischen Rechte dürfen nicht nur in der Verfassung niedergelegt werden, sondern müssen in der Wirklichkeit bestehen. Solche demokratischen Rechte können jedoch in Wirklichkeit nur bestehen, wenn die Versklavung durch die drei westlichen Okkupationsmächte beseitigt ist und dem jetzigen Zustand ein Ende bereitet wird, in dem eine kleine Clique von Konzernherren, Bankherren, Großgrundbesitzern und Militaristen die übergroße Mehrheit der Bevölkerung unterdrückt.

Der Generalvertrag bedeutet die Aufhebung selbst der geringen demokratischen Rechte, die im Bonner Grundgesetz gewährt wurden. Die Vorbereitung der Militärdiktatur durch die Adenauer-Regierung wird ernst gehindert durch den Kampf des Volkes um die Rede-, Presse- und Koalitionsfreiheit, das heißt, um die demokratischen Rechte. Deshalb unternimmt der Bonner Innenminister Lehr alles, um die demokratischen Rechte des Volkes einzuschränken. Die Verbotsmaßnahmen gegen die Friedensbewegung und die demokratischen Organisationen in Westdeutschland, das Verbot der Freien Deutschen Jugend, die Forderung der Bonner Regierung auf Verbot der KPD zeigen, daß die westdeutschen Staatsorgane den